

05.06.13 | **Justizpolitik**

Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung vor Aus

Bereits sieben Mal wurde die Bestrafung von Abgeordnetenkorruption im Rechtsausschuss des Bundestages auf die Tagesordnung gesetzt. Doch zu einer Debatte des umstrittenen Gesetzentwurfs kam es nie. Von

Alexandra Grauvogl

Das deutsche Recht ist ein Exportschlager. Das merkt Siegfried Kauder (Link: <http://www.welt.de/113986610>) (CDU) immer wieder in zahlreichen Gesprächen mit internationalen Kollegen auf Kongressen. Oder wie beim gestrigen Treffen mit dem Justizminister von Montenegro, der ihn in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag um die Unterstützung bei der Änderung des Prozessrechts in seinem Land gebeten habe.

Doch manchmal wird ihm unwohl, nämlich dann, wenn das Gespräch auf die Bekämpfung von Korruption von Abgeordneten kommt. "Wir sind in vielen Bereichen des Rechts besser als andere Länder und können Hilfe leisten. Doch in diesem Punkt sind wir seit Jahren nicht weiter gekommen."

Im Jahr 2003 unterschrieb die Bundesregierung – damals unter der Rot-Grünen-Koalition – die UN-Konvention gegen Korruption, die es unter anderem vorsieht, dass die Bestechung von Amtsträgern unter Strafe gestellt wird. Seit nunmehr zehn Jahren (Link: <http://www.welt.de/108953260>) bleibt der Bundestag nun eine solche Regelung schuldig. Damit steht Deutschland in einer Reihe mit Ländern wie Nordkorea, Syrien und Saudi-Arabien.

Abgeordnete können nicht korrupt sein

Das kann Siegfried Kauder nicht mehr hören: "Irgendwann ist das Fass voll!" Dabei war Kauder selbst jahrelang ein vehementer Gegner eines Gesetzes zur Abgeordnetenbestechung. Abgeordnete seien keine Amtsträger wie etwa Beamte oder Richter, und könnten daher auch nicht korrupt im juristischen Sinne sein, war die Begründung.

Diese Blockierer-Haltung hat Siegfried Kauder aufgegeben. Es mag daran liegen, dass die unabhängige Internetplattform abgeordnetenwatch.de (Link: <http://www.abgeordnetenwatch.de/>) ihm im Oktober 2012 einen Gesetzentwurf (Link: <http://beta.abgeordnetenwatch.de/2012/10/17/abgeordnetenwatch-de-uberreicht-gesetzesvorschlag-zu-besteuchung-politike>) samt einer 25.145 Unterzeichner fassenden Petition zur Bestrafung von Abgeordnetenbestechung überreichte. Es mag aber auch daran liegen, dass dies seine letzten Monate als Bundestagsabgeordneter sind. In seinem Wahlkreis Schwarzwald-Baar wurde ein anderer Kandidat für die Bundestagswahl aufgestellt.

Jedenfalls brachte Kauder im März gegen den Widerstand der schwarz-gelbe Koalition einen eigenen Gesetzentwurf ein. Diesen sieht er nicht als das Non-plus-Ultra, doch fehlende Diskussionsbereitschaft der regierenden Koalition ist für ihn inakzeptabel. "Diesen Entwurf kann man kann man gut finden oder nicht. Aber wenn man ihn kritisiert, muss man sich auf den Hosenboden setzen und einen eigenen Entwurf vorlegen."

Thema wird wieder vertagt

Seit Januar wurde das Thema Abgeordnetenbestechung im Rechtsausschuss bereits sieben Mal von der Tagesordnung gestrichen und vertagt. Am 24. April hat Siegfried Kauder einen Antrag beim parlamentarischen Geschäftsführer gestellt, das Thema für einen Gruppenantrag zu öffnen, mit dem sogar noch eine schnelle Lösung in dieser

Legislaturperiode möglich wäre. Bis heute hat Kauder keine Antwort erhalten.

Die Grünen würden eine solche Initiative unterstützen und sind deshalb enttäuscht, dass von der Koalition nicht einmal eine Reaktion kommt. "Das ist unwürdig für ein Parlament, dass uns die Debatte verweigert wird", sagt Jerzy Montag (Grüne). Die Koalitionsmehrheit im Rechtsausschuss müsse sich mit der Thematik beschäftigen und Kritikpunkte des Gesetzentwurfes benennen sowie Verbesserungsvorschläge machen. "Solange das Thema von der Tagesordnung genommen wird, können wir auch nicht ins Plenum gelangen. Man lässt uns am langen Arm verhungern. Das ist Sabotage durch die Parlamentsmehrheit."

In den Kanon, dass sich die Koalition zur Abgeordnetenbestechung endlich positionieren müsse, stimmen auch die Rechtsausschussmitglieder Burkhard Lischka (SPD) und Raju Sharma (Linke) ein. "Was das Ganze für mich so schäbig macht, ist, dass von der Führung der Koalitionsfraktionen nicht der Mut aufgebracht wurde, zu sagen: "Ja, wir wollen die Debatte" oder "Nein, wir wollen die Abgeordnetenbestechung nicht unter Strafe stellen," so Sharma.

Mutmaßen über die Gründe

Die Frage, ob Kauder die Blockierer im Ausschuss eher unter der Union oder der FDP sieht, lässt ihn gleichgültig. Die einen würden aktiv gegen ein Gesetz zur Bestrafung von Abgeordnetenkorruption stimmen, wie Jörg van Essen (FDP), die anderen passiv. "Unterm Strich ist das egal, ob aktiv oder passiv, solange keine Zustimmung erfolgt."

Jerzy Montag glaubt, dass hinter der Zurückhaltung der Koalition die Befürchtung steckt, dass die Justiz in Deutschland, wenn es einen entsprechenden Straftatbestand gäbe, diesen missbrauchen könnte, um damit gegen die Politik vorzugehen. In seinen Augen "ein völlig unberechtigter, strukturell schrecklicher Vorwurf gegen die deutsche Justiz."

Hoffnung auf Einigung

Am kommenden Mittwoch, 12. Juni, 9 Uhr steht die Bestrafung von Abgeordnetenbestechung erneut auf der Tagesordnung im Rechtsausschuss. Gregor Hackmack, Geschäftsführer von abgeordnetenwatch.de, hat die Hoffnung auf eine Last-Minute-Regulierung noch nicht aufgegeben.

Burkhard Lischka ist nicht ganz so optimistisch und kündigt im Falle eines erneuten Scheiterns weitere Schritte an: "Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode auf eine entsprechende Regulierung drängen. So viel ist sicher." Und auch wenn Siegfried Kauders Tage im Bundestag gezählt sind, lässt er sich zu folgendem wahlkampfträchtigen Resümee hinreisen: "Es kann nicht sein, dass eine Supermarktkassiererin wegen einem 50-Cent-Pfandschein strafrechtlich verfolgt wird, aber Abgeordnete im Korruptionsfall nicht!"